

# Wossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Der Friedensentwurf in englischer Darstellung.

### Veröffentlichung der „Times“.

Drahtmeldung.

Haag, 7. Mai.

Das „Holländisch Nieuwsbureau“ meldet aus London: Die heutige Londoner „Times“ veröffentlicht zehn Spalten einer Zusammenstellung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen:

Die militärischen Bedingungen sind:

Binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages müssen die deutschen Streitkräfte zu Lande auf höchstens 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie herabgesetzt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 Mann betragen. Nur freiwillige Anwerbung ist erlaubt. Auch die deutschen Befestigungen sollen auf das Äußerste beschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen östlich des Rheins werden entwaflnet und geschleift.

Maritime Bedingungen: Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages dürfen die deutschen Streitkräfte keinerlei U-Boote mehr halten und dürfen nur noch bestehen aus: 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 2 Torpedojägern und 12 Torpedobooten. Alle anderen Kriegsschiffe müssen in Reserve gestellt oder in Rauffahrtschiffe umgebaut werden. Die Gesamtbesatzung darf nur 15 000 Mann betragen, darunter 1500 Offiziere und Besatzungsmitglieder. Alle maritimen und militärischen Werke auf Belgien müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß für die Rauffahrtschiffe aller Staaten, die mit Deutschland in Frieden leben, auf Grund völliger Gleichheit offen stehen.

Ausflugsbedingungen: Bis zum 1. Oktober dieses Jahres soll Deutschland als Maximum 100 Wasserflugzeuge für das Auffuchen von Seeminen behalten dürfen. Nach diesem Datum darf es keinerlei militärische oder maritime Ausflugsflugzeuge und keine Fluglager innerhalb 150 Kilometer der deutschen Grenze halten. Die bestehenden Flugplätze innerhalb dieser Zone müssen geschleift und der Boden muß umgepflügt werden.

Kriegsverbrechen: Die Alliierten beschuldigen den früheren Deutschen Kaiser öffentlich nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es soll ein besonderer Gerichtshof errichtet werden, um über ihn Recht zu sprechen. Die Personen, die der Verletzung der Kriegsgesetze beschuldigt werden, sollen vor alliierte Kriegsgerichte gebracht werden.

Entschädigungen: In Abwartung der völligen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland 1000 Millionen Pfund Sterling bezahlen. Weiterhin muß Deutschland für alle Schäden Vergütung geben, die den Zivilpersonen der Alliierten selbst oder deren Eigentum zugefügt wurden.

Territoriale Regelungen: Elb-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken des Saarlandes (Soll wohl heißen: Die Kohlenbergwerke. Die Red.) erhalten soll. Die Verwaltung über das Saargebiet soll von einer Kommission von 5 Vertretern ausgeübt werden, welche der Völkerbund ernannt. Nach Verlauf von 15 Jahren soll die Bevölkerung entscheiden, ob sie durch den Völkerbund, durch Frankreich oder durch Deutschland regiert werden will. Wenn Deutschland gewählt

wird, muß Deutschland von Frankreich die Kohlenbergwerke zurückkaufen, und zwar zu einem noch zu bestimmenden Preis. Polen soll einen Durchgangsweg erhalten, der bis zu Danzig läuft. Danzig selbst soll zu einer freien Stadt gemacht werden. In Schleswig soll eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Deutsche Kolonien: Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zugunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Gebiete verzichtet, welche es bezüglich seiner Uebersee-Besitzungen hat. Die meisten dieser Besitzungen sollen kraft eines Mandates des Völkerbundes verwaltet werden, und zwar durch eine der großen Kolonialmächte.

Marokko: Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Privilegien, die es aus dem Vertrag von Algéciras von 1906 und aus den deutsch-französischen Abkommen von 1909 und 1911 herleiten kann. Alle Abkommen zwischen Deutschland und dem Reich des Scherifs werden als ungültig erklärt.

Deutsche Kabel: Fünfzehn deutsche Kabel sollen zur Verfügung der alliierten und assoziierten Regierungen gestellt werden.

Die Veröffentlichung der „Times“ kann unmöglich einen offiziellen Charakter tragen. Es würde allen internationalen Gepflogenheiten widersprechen, solche Mitteilungen zu veröffentlichen, bevor der Vertragsentwurf den deutschen Vertretern überreicht ist. Welchen Zweck die Veröffentlichung der „Times“ verfolgt, kann man sich leicht vergegenwärtigen, wenn man die ganze Tendenz des Northcliffe-Blattes in Betracht zieht. Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß von Lord Northcliffe die Agitation ausgegangen ist, die Lloyd George auf die extremsten Friedensforderungen, wie sie in der englischen Wahlbewegung vorgetragen wurden, festzulegen versuchte.

Wir haben keine Veranlassung auf Grund der „Times“-Veröffentlichung irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Wir wissen nicht, inwieweit sie überhaupt der Wirklichkeit entspricht, und wir wissen nicht, wie die weitere Entwicklung der Dinge sich gestalten wird. Daß die Veröffentlichung der „Times“ mit den Informationen der übrigen Entente-Pressen nicht übereinstimmt, geht aus kritischen Äußerungen der Pariser „Patrie“ hervor, die tadelnd behauptet, daß in dem Vertragsentwurf nichts enthalten sei: über die Annexion des Saargebiets, die Freiheit der Meere, die Beschränkung der Rüstungen, die Festlegung der Gleichheit der Nationen, die wirkliche Bestrafung des Kaisers und der am Krieg Schuldigen, die Annexion des Straßburger Brückenkopfes, die völlige Neutralisierung des linken Rheinufers, die Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt, die Aufhebung der belgischen Neutralität, die Aufhebung der Geheimverträge und — wie das französische Blatt ironisch bemerkt — den Verzicht auf die egoistische Monroe-Doktrin.

Wir haben bisher die schwere Geduldsprobe ruhig über uns ergehen lassen und können die kurze Frist bis zur Veröffentlichung des deutschen Auszuges aus dem Vertragsentwurf, der tausend Worte umfassen soll, abwarten, bevor wir uns über den Charakter der Zumutungen äußern, über die unsere Gegner in Versailles mehr oder weniger einig geworden sind. Die deutsche Veröffentlichung ist wohl im Laufe des morgigen Tages zu erwarten.

Öffentlichkeit eine solche Politik aufnehmen würde. Diese Staatsmänner haben ihre Ansicht in den letzten fünf Jahren wohl geändert, wagen aber nicht, das zu tun, was sie jetzt gern getan hätten; namentlich ist dies der Fall hinsichtlich der Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die meisten Staatsmänner des Kontinents würden dafür eintreten, wenn sie nicht die öffentliche Meinung fürchteten. Sie sind selbst davon überzeugt, daß nur gemeinsame Arbeit die Verwüstungen des Krieges wieder gutmachen kann.

### Die Forderungen Fochs.

In der heutigen geheimen Vollversammlung der Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vertreter einiger Mächte Anmerkungen zu dem Friedensvertrag, doch wurden keine Vorbehalte erhoben. Foch hielt eine Rede, worin er erklärte, daß die Frankreich gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei. Nach seiner persönlichen Ueberzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er lege Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Brückenköpfe am Rhein behalten.

### Uingtau als Symbol.

Von

Erich von Salzmann.

Der schändliche Schacher um die Peitsche, die man dem erschlagenen Riesen abgenommen hat, ist im vollsten Gange. Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Von dem reden nur noch rein akademisch einige der Leidenden. Die Sieger kümmern sich nicht mehr darum. Die Zustände auf dem diplomatisch politischen Weltmarkt sind eigentlich nicht uns Haor anders als die auf dem Wiener Kongress. Man schachtet um Länder, Städte und Völker. Man fragt die Betroffenen wenig, was sie selbst dazu zu sagen haben. Kompensation geht gegen Kompensation. Man plündert die Unterlegenen mit einer Brutalität sondergleichen.

Uingtau wird zum Symbol dieses Schachergeistes. In Deutschland glauben vielleicht manche Utopisten noch, es handle sich wirklich um Uingtau. Welt gefehlt! Es geht um sehr viel mehr, um die größten Dinge kommender Weltordnung! Das Problem ist ein ungeheures. Kalt, nüchtern, ruhig, ohne das geschwämme Drum und Dran einer literarischen und heuchlerischen Presse hat Japan in Paris die Gleichberechtigung der gelben mit der weißen Rasse auf allen Gebieten und für alle Weltteile gefordert. Das Dreierkonjunktium, Wilson, Lloyd George, Clemenceau, war entsetzt, denn die Bewilligung wäre das Ende der englischen Herrschaft in Indien und damit das Ende der englischen Welt-herrschaft überhaupt. Es wäre die Preisgabe der französischen Kolonien in Hinterindien, Ostafrika, die wie auch immer den Japanern im Laufe der nächsten Jahrzehnte einmal zufallen müßten. Es hieße aber auch die Ueberschwemmung Westamerikas mit japanischen und chinesischen Arbeitern, von Mittel- und Südamerika, Australien und Südafrika und in erster Linie Sibirien überhaupt nicht zu reden, wo der gelbe Mann überall mächtig zuzupacken beginnt. Diese Dinge sind in der „Wossischen Zeitung“ im Laufe des Krieges immer wieder auseinandergesetzt worden, mit der ausgesprochenen Absicht, dem deutschen Leser deutlich vor Augen zu führen, daß es kein Land auf Erden geben kann, an dem wir, mag es uns gut oder schlecht gehen, nicht mittelbar oder unmittelbar Interesse haben. Die ungeheure politische und wirtschaftliche Expansion Japans geht uns unmittelbar an. Sie muß zu einem der Hauptbeobachtungspunkte unserer auswärtigen Politik werden, denn diese kommende neue Ueberflutung der Welt bringt die neue Möglichkeit großer Erschütterungen und damit für uns Aussichten, die man heute noch kaum erkennen kann.

Das bisher deutsche Uingtau ist der Ausgangspunkt, der Ortsname Uingtau wird zum Fanal. Das ist wirklich für uns Grund genug, die Augen offen zu halten. Vor über zwei Jahren wurde an dieser Stelle schon einmal der Versuch gemacht, auseinanderzusetzen, wie man sich mit den Mächten des Ostens über Uingtau einig machen könne. Die tatsächliche Entwicklung zeigt, daß es jetzt nähernd so kommt, wie damals anzudeuten versucht wurde. Die Dinge liegen so, daß Japan Uingtau als Kriegsbeute beansprucht, sich aber zugleich theoretisch bereit erklärt, Uingtau seinem rechtmäßigen Besitzer in absehbarer Zeit zurückzugeben.

Würde der Gang der Ereignisse tatsächlich diesen Lauf nehmen, dann ließe sich gegen die Form der Zurückführung der verschiedenen Bergewaltungen Chinas wenig sagen, obwohl damit nur ein Anfang der Einsetzung Chinas in seine alten Rechte gemacht wäre. Man vergesse nämlich nicht, daß Deutschland nicht der einzige Sclinder gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker im fernem Osten ist, sondern daß sich im chinesischen Staatskörper noch viele offene Wunden befinden, so im besonderen Hongkong, von dem aus England den gesamten Handel Mittel- und Südchinas kontrolliert. Uingtau als Vorgang war tatsächlich nur ein Kinderspiel gegenüber dem, was sich England, Frankreich und im besonderen Japan gegenüber dem Reich der Mitte in den letzten Jahrzehnten geleistet haben. Wenn es wirklich dazu kommt, daß die Welt in Paris den Japanern Uingtau als Siegespreis zuspricht, so ist das geradezu ein Schlag ins Gesicht der Theorien, die man während des Krieges zum Zweck des politischen Kampfes gegen uns aufgestellt hat. Glaubt denn ein Mensch, daß das einmal in Uingtau feststehende Japan es jemals herausgeben wird? Hat man denn ganz vergessen, was Japan in Korea getan hat? Ist der Vertrag von Portsmouth von 1905 ein Fehlpapier? In jenem Friedensvertrag hat Japan auch versprochen, die Südmandschurei später zu räumen. Glaubt etwa heute noch ein Kind, daß Japan jemals aus der Mandschurei hinausgehen wird? Man sprach so viel von der Gleichberechtigung der Kleinen und schwachen Nationen mit den großen und starken. Das prä-

### Meinungsänderungen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

aus Rotterdam, 7. Mai.

Die Asquith nahestehende „Westminster Gazette“ veröffentlicht ein Montag in Paris aufgegebenes Telegramm, das einen ausgeprägt parteiamtlichen Eindruck macht. Darin heißt es, daß zwar „wir alle“ berechtigter Empörung gegen Deutschland liegen, daß aber eine sehr ernste Meinungsänderung besteht, die die einzige Hoffnung für die Zukunft der Welt in einem Frieden sehe, den zu wahren Deutschland ein Interesse hat. „Ich bin in der Lage“, sagt der Korrespondent, „auf das Bestimmteste zu erklären, daß man Deutschland in den Völkerbund aufnehmen will. Es ist, wie ich ferner bestimmt weiß, eine Tatsache, daß so manche Staatsmänner jetzt die Leidenschaften befürchten, die sie heraufbeschworen und mit denen sie sich selbst betrogen haben. Als sie sich an das Friedensproblem machten, wurden sie dauernd durch ihre eigenen früheren Erklärungen behindert. Sie sehen wohl ein, daß dies oder jenes eine vernünftige Politik ist; doch sofort stellen sich Bedenken darüber ein, wie die